

Stadt Neckarbischofsheim

N I E D E R S C H R I F T



über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim am

20. November 2012

im **Sitzungssaal des ehemaligen Rathauses, Hauptstraße 27**, in Neckarbischofsheim

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 21.25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende: Bürgermeisterin Tanja **Grether**

Stadträte: Karin **Bender**, Norbert **Benz**, Edith **Bräumer**, Peter **Haffelder**, Heike **Jacobs**, Hans Peter **Jelinek**, Rüdiger **Knapp**, Thomas **Mayer**, Gerold **Rossel**, Hans **Rossel**, Erhard **Rupprecht**, Steffen **Scherb**, Georg **Zwölfer**

Verwaltung: Hack, Böhm, Herbold, Steck, Hauck

Es fehlten als entschuldigt: Walter **Freudenberger**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt die Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung durch Ladung vom 12. November 2012 ordnungsgemäß eingeladen worden ist. Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil sind am 16. November 2012 im Nachrichtenblatt bekannt gegeben worden.

01. Zustimmung zu der Sitzungsniederschrift vom 23. Oktober 2012

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Sitzungsniederschrift vom 23. Oktober 2012 zu.

Abstimmung: 14 Ja

02. Hiebs- und Kulturplan für das Forstwirtschaftsjahr 2013

hier: Beratung und Beschlussfassung

Bürgermeisterin Tanja Grether begrüßt zu diesem TOP den Leiter des Forstbezirks Kraichgau, Herrn Dr. Josef Klebes sowie den Revierleiter Tobias Dörre recht herzlich.

Bürgermeisterin Tanja Grether bedankt sich beim Forstbezirksleiter und dem Revierleiter für die gute Zusammenarbeit und bittet um Auskunft über die Waldeigentümergeinschaft, die in diesem Jahr angestoßen wurde.

Dr. Josef Klebes knüpft zunächst in seinen Ausführungen an das letzte Jahr an und stellt anhand einer Vergleichsgrafik fest, dass der Stadtwald in den letzten sieben Jahre ein positives Ertragsniveau aufgewiesen hat und man in diesen Jahren jeweils einen Überschuss erwirtschaften konnte. Anhand von Schaubildern führt Dr. Klebes weiter aus, dass die Altersstruktur im Stadtwald ideal ist, da alte Stämme weitgehend gefällt wurden und der Bestand mit seinen überdurchschnittlich vielen Buchen eine sehr gute Vitalität aufweist. Der Schwerpunkt der künftigen Arbeiten im Stadtwald liegt nun in der Durchforstung. Zur Entwicklung des Holzeinschlags im Stadtwald bemerkt Dr. Klebes, dass dieser im Forstwirtschaftsjahr 2012 absolut planmäßig verlaufen ist. Im Forstwirtschaftsjahr 2013 soll die Nutzung zurückgefahren werden, um den Wald nicht überzustrapazieren. Der Wald soll nicht „überhauen“ werden, da der Stadtwald die Kapazität auf Dauer nicht hergibt.

Revierleiter Tobias Dörre führt zum Hiebs- und Kulturplan 2013 aus, dass ein Überschuss von 16.100,00 € eingeplant ist. Die Einnahmen betragen demnach 101.500,00 €, die Ausgaben 85.400,00 €. Der Erlös aus dem Holzverkauf ist mit ca. 97.000,00 € eingeplant. Demgegenüber stehen Kosten für den Holzeinschlag in Höhe von ca. 44.000,00 €. Im Vermögenshaushalt ist noch die Herrichtung eines Waldweges für 4.000,00 € vorgesehen. Tobias Dörre geht darauf ein, dass es immer Beschwerden über zu viel Holzeinschlag und verwüstete Waldwege gibt. Die Waldwege werden nach dem Abtransport des Holzes jedes Jahr Instand gesetzt, was jedoch den Spaziergängern nicht auffällt. Auf Grund des sehr guten Zustands der Waldflächen lässt er auch die Kritik über den hohen Holzeinschlag nicht gelten. Im Übrigen stellt er fest, dass die Holzpreise für Brennholz und Polterholz auch in diesem Winter stabil bleiben und der Bevölkerung genügend Brennholz zur Verfügung gestellt werden kann. Sollte das Holz aus dem Kommunalwald nicht ausreichend sein, kann der Forstbezirk auch Holz aus dem Staatswald zur Verfügung stellen.

Zur Waldeigentümergeinschaft führt Tobias Dörre aus, dass dieses Ansinnen bereits im Gemeinderat ausführlich vorgestellt wurde. Der Forstbezirk Kraichgau ist derzeit dabei, die einzelnen Waldbesitzer anzuschreiben, um diesen das Konzept für die Waldeigentümergeinschaft vorzustellen. Dr. Josef Klebes hofft und wünscht sich, dass sich relativ viele Eigentümer der Waldeigentümergeinschaft anschließen, wobei in einer großen Informationsveranstaltung die Angelegenheit nochmals ausführlich besprochen wird.

Stadtrat Gerold Rossel führt aus, dass die Menge der Vornutzung mit 13.200 Festmeter aufgestellt ist, nach den bisherigen Ausführungen bereits 10.700 Festmeter eingeschlagen wurden. Er fragt nach, ob seine Berechnungen stimmen, dass in den nächsten beiden Jahren dann nur noch die Restmenge eingeschlagen werden kann.

Forstbezirksleiter Dr. Klebes führt aus, dass das Holz aus dem gesamten Stadtwald bezogen und auch für die Heizzentrale im Schulzentrum bereitgestellt wird, wobei das Planvolumen in den nächsten Jahren ausreichend ist. Revierleiter Tobias Dörre ergänzt, dass noch eine Hauptnutzung von 6.000 Festmetern den aufgeführten Zahlen hinzuzurechnen ist.

Stadtrat Hans Peter Jelinek bringt seine Freude zum Ausdruck, dass der Stadtwald wirtschaftlich sehr gut dasteht. Neben dem wirtschaftlichen Aspekt hat der Kommunalwald aber auch eine ökologische Funktion, weshalb es wichtig ist, die Aufforstung zu betreiben. Nachdem sich das Klima und das Wetter sehr stark ändert hat sich auch der Stadtwald diesen Verhältnissen anzupassen. Er empfindet es deshalb auch nicht so schlimm, wenn der Holzeinschlag in den nächsten Jahren aus ökologischer Sicht reduziert wird.

Revierleiter Tobias Dörre führt aus, dass er seit 25 Jahren im Wald tätig ist und das Thema „Nachhaltigkeit“ bei der Bewirtschaftung der Waldflächen für ihn oberstes Gebot ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt dem Hiebs- und Kulturplan für das Forstwirtschaftsjahr 2013 zu.

Abstimmung: 14 Ja

03. Einführung einer gesplitterten Abwassergebühr

hier: Festsetzung der Schmutzwasser- und Niederschlagswassergebühren aufgrund der Kalkulation

Bürgermeisterin Tanja Grether begrüßt zu diesem TOP Herrn Robert Häuser von der Firma Schmidt und Häuser GmbH, Wirtschaftsberatung für kommunale Einrichtungen, Nordheim, recht herzlich.

Bürgermeisterin Tanja Grether führt aus, dass im Zeitraum von 2010 bis 2014 eine deutliche Kostensteigerung zu verzeichnen ist gerade auch deshalb, weil sich die Umlagen an den Abwasserzweckverband Schwarzbachtal für die dortige Kläranlage erhöht haben.

Herr Häuser nimmt Bezug auf die dem Gemeinderat vorliegende Kalkulation der Schmutzwasser- und Niederschlagswassergebühr und erläutert dem Gemeinderat und den anwesenden Zuhörern nochmals ausführlich, weshalb in Baden-Württemberg die Gesplittete Abwassergebühr einzuführen war. Ende 2010 wurde in Neckarbischofsheim mit dem großen Projekt „Gesplittete Abwassergebühr“ begonnen, wobei es ein sehr aufwändiger Erhebungsprozess war, die gebührenrelevanten Flächen zu ermitteln. Tendenziell sind die Abwassergebühren im Jahr 2010 geringer als zuvor, steigen jedoch kräftig durch die Kosten der Verbandskläranlage ab dem Jahr 2011. Erschwerend bei der Kalkulation der Schmutzwasser- und Niederschlagswassergebühren kommt hinzu, dass diese rückwirkend einzuführen sind. Der vorliegenden Kalkulation wurden in den Jahren 2010 und 2011 die Rechnungsergebnisse und in den Jahren 2012 und 2013 die Planzahlen des Haushalts zugrundegelegt. Für das Jahr 2014 wurde eine zweiprozentige Preissteigerung eingeplant. Herr Häuser erläutert, dass in die Kalkulation auch der Straßenentwässerungsanteil (Seite 25 der Kalkulation) einfließt und erläutert des Weiteren die Aufteilung der Mischwasser- und Klärkosten. Er bittet danach den Gemeinderat über den Beschlussantrag abzustimmen, der einige Ermessensentscheidungen des Gemeinderats umfasst. Im Übrigen stellt er abschließend fest, dass die Abwasserbeseitigung keine Gewinne erwirtschaften darf, sondern kostendeckende Gebühren erheben muss.

Stadtrat Hans Peter Jelinek bedankt sich für den ausführlichen Vortrag und führt aus, dass es sich hier um ein monumentales Zahlenwerk handelt, wobei die Gebühren sicherlich richtig gerechnet wurden. Unzufrieden zeigt er sich dahingehend, dass nach über zwei Jahren Kalkulation nicht klar dargestellt wird, was nun für den Gebührenzahler dabei herauskommt, ob dieser nun mehr oder weniger Gebühren zu zahlen hat.

Herr Häuser führt aus, dass sein Büro auch die Gebührensätze ermittelt hat, wenn diese noch nach der bisherigen Berechnungsmethode (Frischwasserbezug) kalkuliert worden wäre. Der bisherige Gebührensatz betrug 3,20 €/m³, der seit sieben Jahren nicht mehr neu kalkuliert wurde. Auch die Abwassermenge ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen, da die Bevölkerung mehr Wasser spart, jedoch die Fixkosten für die Abwasserbeseitigung gleich geblieben sind. Nach der alten Berechnungsmethode stellen sich die Gebühren wie folgt dar: 2010: 2,66 €/m³, 2011: 3,59 €/m³, 2012: 3,58 €/m³, 2013: 4,76 €/m³ und 2014: 4,94 €/m³. Diese Tendenz ist bei allen Gemeinden im Verbandsgebiet des Abwasserzweckverbands Schwarzbachtal zu erkennen, da durch die erhöhten Betriebskosten der Kläranlage die Gebühren gravierend steigen.

Stadträtin Karin Bender bittet nochmals klarzustellen, dass die Abwassergebühren nicht durch die Einführung der Gesplitteten Abwassergebühr, sondern durch die hohen Kosten für die Kläranlage gestiegen sind.

Der Leiter der Zentralstelle Harry Hack führt zum weiteren Prozedere aus, dass die Gebührenbescheide mit der Jahresendabrechnung 2012 durch den Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Mühlbach im Dezember für die Jahre 2010 bis 2012 versandt werden. Dabei werden vor allem Eigentümer im Altstadtbereich mit höheren Gebühren, insbesondere mit der neuen Niederschlagswassergebühr belastet.

Auch die Stadt Neckarbischofsheim hat, wie in der Vorlage zu diesem TOP ausgeführt, mit erhöhten Gebühren für die Abwasserbeseitigung zu rechnen.

Bürgermeisterin Tanja Grether bittet darum, über den Beschlussantrag „a bloc“ abzustimmen. Dieser Bitte stimmt der Gemeinderat zu.

Bürgermeisterin Tanja Grether verliest daraufhin den zehn Punkte umfassenden Beschlussantrag der Verwaltung.

Beschluss:

1. Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der ihm bei der Beschlussfassung über die Gebührensätze vorgelegten Gebührenkalkulation vom November 2012 zu.
2. Die Stadt Neckarbischofsheim wird weiterhin Gebühren für ihre öffentliche Einrichtung „Abwasserbeseitigung“ erheben.
3. Die Stadt Neckarbischofsheim wählt als Gebührenmaßstab für die Schmutzwassergebühr den Frischwassermaßstab. Der Gebührenmaßstab für die Niederschlagswassergebühr ist die angeschlossene überbaute und darüber hinaus befestigte Fläche.
4. Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt den in der Gebührenkalkulation berücksichtigten Abschreibungs- und Verzinsungsmethoden sowie den Abschreibungs- und Zinssätzen zu.
5. Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt den in der Gebührenkalkulation berücksichtigten Prognosen und Schätzungen zu.
6. Wie in der Gebührenkalkulation berücksichtigt, werden die verschiedenen Straßenentwässerungsanteile wie folgt angesetzt:
7. Den vorgeschlagenen Kalkulationszeiträumen der Gebührenkalkulation 2010, 2011, 2012, 2013, 2014 (einjährig) wird zugestimmt.
8. Von der Möglichkeit, die Gebührenkalkulation auf einen längeren Zeitraum (bis zu 5 Jahre) abzustellen, wird kein Gebrauch gemacht.
9. Die ausgleichspflichtigen Überdeckungen der Abwasserbeseitigung aus den Jahren 2005 bis 2009 werden entsprechend der Anlage 9 zur Kalkulation ausgeglichen.
10. Auf der Grundlage dieser Gebührenkalkulation werden die Abwassergebühren wie folgt geändert:

rückwirkend für den Zeitraum 01/2010 bis 12/2010:

Schmutzwassergebühr	1,66 €/m ³ Frischwasser
Niederschlagswassergebühr	0,40 €/m ² überbaute und befestigte Fläche

rückwirkend für den Zeitraum 01/2011 bis 12/2011:

Schmutzwassergebühr	2,34 €/m ³ Frischwasser
Niederschlagswassergebühr	0,50 €/m ² überbaute und befestigte Fläche

rückwirkend für den Zeitraum 01/2012 bis 12/2012:

Schmutzwassergebühr	2,34 €/m ³ Frischwasser
Niederschlagswassergebühr	0,50 €/m ² überbaute und befestigte Fläche

für den Zeitraum 01/2013 bis 12/2013:

Schmutzwassergebühr	3,19 €/m ³ Frischwasser
Niederschlagswassergebühr	0,64 €/m ² überbaute und befestigte Fläche

für den Zeitraum 01/2014 bis 12/2014:

Schmutzwassergebühr	3,33 €/m ³ Frischwasser
Niederschlagswassergebühr	0,67 €/m ² überbaute und befestigte Fläche

Eine bei der Beschlussfassung der Gebührensätze vorgenommene Abrundung der Gebühreobergrenze hat eine zunächst in Kauf genommene Kostenunterdeckung zur Folge. Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim behält sich vor, diese Kostenunterdeckung zu einem späteren Zeitpunkt innerhalb der fünfjährigen Ausgleichsfrist auszugleichen.

Abstimmung: 14 Ja

04. Neufassung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung)

Bürgermeisterin Tanja Grether nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und bittet den Gemeinderat der Neufassung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung) der Stadt Neckarbischofsheim zuzustimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Neufassung der Satzung über die öffentliche Abwasserbeseitigung (Abwassersatzung) zu.

Abstimmung: 14Ja

05. Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für das Haushaltsjahr 2013

Der Leiter der Zentralstelle Harry Hack verteilt den Haushaltsplanentwurf 2013, sowie die Niederschrift über die Sitzung der Haushaltsstrukturkommission vom 13. November 2013 an die Mitglieder des Gemeinderats. Sechs Exemplare des Planentwurfs konnten zur öffentlichen Sitzung nicht fertig gestellt werden und werden den Gemeinderäten nachgereicht.

Bürgermeisterin Tanja Grether führt zum Haushaltsplanentwurf 2013 aus, dass es nach allen Prognosen eine positive Zuführung an den Vermögenshaushalt geben wird. Der Umfang beläuft sich nach den derzeitigen Planungen auf 470.000,00 €. In der letzten Woche fand eine Sitzung der Haushaltsstrukturkommission statt, in der verschiedene Einsparmöglichkeiten im Verwaltungshaushalt gesucht und besprochen wurden. Die Niederschrift dieser Sitzung liegt dem Gemeinderat als Diskussionsgrundlage für die Beratungen des Haushaltsplanentwurfs vor. Stellen, an denen gespart werden könnte sind beispielsweise Maßnahmen zur Stromeinsparung, in Gebäuden oder auch bei der Straßenbeleuchtung. Angedacht ist auch, die Ummengen an kopierten Seiten für die Gemeinderatssitzungen zu reduzieren, indem man die Unterlagen in Zukunft digital verteilt, bspw. auf Laptops. Auf dem Prüfstand steht auch die Notwendigkeit des Technikausschusses. Über diese Punkte und viele mehr wird der Gemeinderat sich beraten müssen, um strukturelle Veränderungen herbeizuführen. Beim Vermögenshaushalt stehen die vordringlichsten Maßnahmen auf dem Plan, die nach der Prioritätenliste abgearbeitet werden, wie sie mit dem Gemeinderat in der Klausurtagung besprochen wurden. Weiterhin muss sich die Stadt Neckarbischofsheim um den Kindergarten ausbauen kümmern, weil wir nach derzeitiger Lage spätestens im März auf unsere Kapazitätsgrenze stoßen und im August 2013 auch noch der Rechtsanspruch für Kinder unter 3 Jahren hinzukommt. Auf dem Plan steht des Weiteren das Landessanierungsprogramm „Von-Hindenburg-Straße“ mit 400.000,00 €. Die Sanierung der Gartenstraße und des Ziegelwegs in Untergimpfern sind anzugehen, da hier die Kanäle in einem desolaten Zustand sind und sofortiger Handlungsbedarf besteht. Im städtischen Bauhof wurde das Augenmerk auf die maschinelle Ausstattung gelegt da hier dringende Anschaffungen notwendig sind, damit der Bauhof handlungsfähig bleibt. Benötigt werden ganz dringend ein Spindelmäher und ein Schlepper. In den Haushaltsberatungen muss hier nochmals ganz genau darauf geschaut werden. Auch die Freiwillige Feuerwehr benötigt dringend neue Einsatzkleidung. Wie wichtig eine handlungsfähige Feuerwehr ist haben wir ja gerade wieder erleben müssen, beim Großbrand im Holzsägewerk Mayer. Bezüglich der Brandschutzmaßnahmen im Schulzentrum wird am heutigen Tag der Ausgleichsstock in seiner Sitzung entscheiden, welche Mittel der Stadt Neckarbischofsheim zur Verfügung gestellt werden. Je nachdem müssen im Haushalt 2013 weitere Mittel eingestellt werden. Wenn alle momentan im Haushaltsplan aufgenommenen Maßnahmen angegangen werden, ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 297.000,00 € zu tätigen. An Zuweisungen und Zuschüsse für die Investitionen wurden 505.000,00 € eingeplant. Weitere Einnahmen können generiert werden, sofern die städtischen Bauplätze im Neubaugebiet „Eichertstal“ veräußert werden. Anvisiert ist, den Haushaltsplan 2013 in der nächsten Sitzung im Dezember zu beraten, und in der übernächsten Sitzung im Januar 2013 zu beschließen.

Der Leiter der Zentralstelle Harry Hack führt aus, dass der Haushaltsplanentwurf 2013 ein Gesamtvolumen von 9.758.400,00 € aufweist, davon im Verwaltungshaushalt 8.285.500,00 € und im Vermögenshaushalt 1.472.900,00 €. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2012 ist dies eine Erhöhung des Gesamtvolumen in Höhe von 974.400,00 € (+11,04%). Die Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushalts erhöhen sich um 625.500,00 € (+8,17%), die Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushalts erhöhen sich um 344.900,00 € (+30,58%).

Die Einnahmesituation bei den Steuern hat sich zum Planjahr 2012 um 165.000,00 € verbessert und betragen nunmehr 4.179.800,00 €. Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer beläuft sich nach der November-Steuerschätzung auf 1.459.700,00 €, das ist ein Plus zum Vorjahr von 136.900,00 €. Die Schlüsselzuweisungen des Landes Baden-Württemberg erhöhen sich ebenfalls um 23.800,00 € auf nun 1.125.000,00 €. Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer erhöht sich leicht um 5.600,00 € auf 141.900,00 €. Lediglich bei der Grundsteuer A + B ist ein leichtes MINUS in Höhe von 7.000,00 € (-1,26%) zu verzeichnen. Die Gewerbesteuer wurde auch im Haushaltsjahr 2013 mit 750.000,00 € eingestellt, da die Verwaltung davon ausgeht, dass noch Steuernachzahlungen der Betriebe aus den Steuerjahren 2010 bis 2012 eingehen werden. Die Gewerbesteuer stellt – wie schon die Jahre zuvor – den größten Unsicherheitsfaktor im städtischen Haushalt dar. Die Hebesätze der Realsteuern verbleiben wie folgt: Grundsteuer A 485 v.H.; Grundsteuer B 485 v.H.; Gewerbesteuer 360 v.H. Eine Erhöhung der Hebesätze ist im Haushaltsjahr 2013 nicht geplant. Die Gebühreneinnahmen erhöhen sich um 290.900,00 €. Dies ist vor allem dem Umstand der Einführung der Gesplitteten Abwassergebühr geschuldet. Im Vergleich zum Vorjahr (2012) erhöhen sich die Abwasser- und neu eingeführten Niederschlagswassergebühren von 500.000,00 € auf 797.900,00 € (+297.900,00 €). Die restlichen Gebühreneinnahmen wurden wie bisher – mit leichten Veränderungen – veranschlagt. Insgesamt erhöhen sich die Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb von 2.539.200,00 € um 313.700,00 € auf 2.852.900,00 €. Die kalkulatorischen Einnahmen (Abschreibung und Verzinsung des Anlagekapitals sowie die Auflösung von Zuschüssen und Beiträgen) erhöhen sich von bisher 974.600,00 € um 154.300,00 € auf 1.128.900,00 €. Die Erhöhung ist ebenfalls auf die Einführung der Gesplitteten Abwassergebühr zurückzuführen da sich im Bereich der Abwasserbeseitigung die Abschreibungen um knapp 75.000,00 € und die Verzinsung des Anlagekapitals um knapp 120.000,00 € erhöht haben. Die Einnahmen des Verwaltungshaushalts sind so geplant, dass sie die gesetzliche Zuführung zum Vermögenshaushalt erwirtschaften. Insgesamt können 470.200,00 € an den Vermögenshaushalt zugeführt werden. Damit wurden die Mittel zur ordentlichen Tilgung der Kredite erwirtschaftet.

Die größte Ausgabenposition im Verwaltungshaushalt bilden die Personalausgaben mit 1.641.700,00 €. Sie haben sich zum Planansatz 2012 um 129.000,00 € erhöht und umfassen 19,81% der städtischen Ausgaben. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Personalausgaben jedoch zum Gesamtvolumen des Verwaltungshaushalts lediglich um 0,7% erhöht.

Die Steigerung ist unter anderem damit zu begründen, dass im Haushaltsjahr 2013 zwei weitere Tarifierhöhungen von je 1,4% für die Beschäftigten anstehen, zwei Altersteilzeitverhältnisse im Haushaltsjahr 2012 begonnen haben, die die Stadt Neckarbischofsheim noch zwei Jahre lang belasten, ein weiterer Versorgungsempfänger (Alt-BM Vogt) hinzukommt, eine Eingliederungsmaßnahme im städtischen Bauhof noch läuft und die Stadt Neckarbischofsheim ab dem Jahr 2013 die Personalsachbearbeitung durch die Stadt Sinsheim vornehmen lässt. Den erhöhten Ausgaben stehen jedoch wiederum Einnahmen bei den Altersteilzeitfällen und bei der Eingliederungsmaßnahme im städtischen Bauhof gegenüber. Die nächstgrößere Ausgabebeziehung ist der Verwaltungs- und Betriebsaufwand, der sich um 61.950,00 € auf 1.335.400,00 € erhöht. Hierunter fällt auch die erhöhte Betriebskostenumlage für den Evangelischen Kindergarten auf nunmehr 330.000,00 €/jährlich sowie die Anmietung einer Containeranlage für die Unterbringung der Kleinkinder, um den Rechtsanspruch an einen Kindergartenplatz genüge zu tun (30.000,00 €). Die kalkulatorischen Kosten – eine Verrechnungsposition im städtischen Haushalt – belaufen sich, wie bereits bei den Einnahmen erläutert – auf 1.128.900,00 €. Die inneren Verrechnungen der Bauhofleistungen und des Verwaltungskostenanteils steigen ebenfalls um 54.300,00 € auf 911.800,00 €. Die FAG-Umlage beträgt im Haushaltsjahr 2013, das sind 53.400,00 € mehr als im Vorjahr = 682.800,00 €. Die Kreisumlage erhöht sich um 73.600,00 € auf 957.800,00 €, sofern der Hebesatz bei 31,0% vom Kreistag des Landkreises Rhein-Neckar-Kreis belassen wird. Die Zuführung zum Vermögenshaushalt wird mit 470.200,00 € veranschlagt. Im Haushaltsjahr 2012 waren dies noch 528.000,00 €.

Größte Position bei den Einnahmen im Vermögenshaushalt ist die Zuführung vom Verwaltungshaushalt in Höhe von 470.200,00 €. Weitere Einnahmen sollen durch den Verkauf von 3 Bauplätzen im Neubaugebiet „Eichertstal“ in Höhe von 180.000,00 € erzielt werden. An Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen sind 505.500,00 € eingeplant.

Um die nunmehr folgenden Maßnahmen finanzieren zu können, ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 297.200,00 € notwendig.

Im Vermögenshaushalt 2013 sind derzeit folgende Maßnahmen eingeplant:

<u>Unterabschnitt</u>	<u>Kosten</u>	<u>Zuschuss</u>
2.1310 Brandschutzuniformen Feuerwehr	22.500,00 €	
2.2300. Ersatzbeschaffungen ASG (EDV)	2.300,00 €	
2.2300. Chemieschrank	15.000,00 €	
2.4640. Einrichtung Kleinkindgruppen	250.000,00 €	175.000,00 €
2.6150. Landessanierungsprogramm	400.000,00 €	240.000,00 € (im Plan 160.000 €)
Insgesamt stehen der Stadt Neckarbischofsheim Mittel in Höhe von 672.000,00 € zur Verfügung.		
2.6300. Straßenbau Gartenstraße/Ziegelweg	235.000,00 €	164.500,00 €
2.7000 Kanalsanierung Gartenstr./Ziegelweg	162.000,00 €	
2.7710. Neues Salzsilo im städt. Bauhof	40.000,00 €	
2.7710. Schlepper, Spindelmäher u.a.	110.500,00 €	
2.8550. Waldwegebau	4.000,00 €	
2.8830. Grundstückserwerb (pauschal)	20.000,00 €	
2.9100. Tilgungsumlage AZV	20.000,00 €	
2.9100. Tilgung von Krediten	<u>191.600,00 €</u>	
Summe	1.472.900,00 €	579.500,00 €

Noch anstehende Maßnahmen, über die evtl. zu beraten sind:

<u>Unterabschnitt</u>	<u>Kosten</u>	<u>Zuschuss</u>
2.1310. Digitalfunk Feuerwehr	20.000,00 €	
2.2150. Brandschutz Grundschule	125.000,00 €	87.500,00 €
2.2300. Brandschutz ASG	100.000,00 €	70.000,00 €

Die beiden Maßnahmen wurden bereits zur Herbstsitzung des Ausgleichstocks im Jahr 2012 eingereicht. Sollte der Ausgleichstock die Maßnahme fördern, muss kein Planansatz mehr vorgenommen werden. Die Entscheidung über die Ausgleichstockmittel ist erst heute gefallen.

<u>Unterabschnitt</u>	<u>Kosten</u>
2.5510. Sanierung Sportplatz Untergimpfern	25.000,00 €
2.5722. Sanierung Duschen Hallenbad	20.000,00 €
2.6300. Sanierung Rathausplatz	55.000,00 €
2.6900. Renaturierung Rosenbach	80.000,00 €
2.6300. Breitbandversorgung	5.000,00 €

Mittel, um diese in die allgemeine Rücklage zu führen sind im Haushaltsjahr 2013 keine vorhanden. Auch eine Netto-Neuverschuldung war nach den o.a. Zahlen nicht möglich. In der Sitzung am 11. Dezember sollte nun der Haushaltsplanentwurf 2013 beraten werden. In die Beratungen sollten auch die Ergebnisse der Haushaltsstrukturkommission der Stadt Neckarbischofsheim, die am 13. November 2012 drei Stunden lang getagt hat einfließen.

Der Gemeinderat erhält hierzu die Niederschrift über die Beratung zum Planentwurf ausgehändigt. Die Verwaltung würde es begrüßen, wenn der Haushalt 2013 dann bereits in der ersten Sitzung im Januar 2013 verabschiedet werden könnte.

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim nimmt Kenntnis von den Ausführungen.

06. Kindergarten Neckarbischofsheim

hier: Grundsatzbeschluss zur Einrichtung von zwei weiteren Kindergartengruppen

a) eine Gruppe für Kinder unter 3 Jahren

b) eine Gruppe für Kinder über 3 Jahren

Bürgermeisterin Tanja Grether nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt aus, dass ab dem 1. August 2013 für unter 3-jährige Kinder ein gesetzlicher Anspruch auf einen Kindergartenplatz besteht. Um diesen gesetzlichen Anspruch auch in Neckarbischofsheim zu schaffen, soll das mittlere Stockwerk im ehemaligen Grundschulgebäude für zwei Kindergartengruppen umgenutzt werden. Nachdem bei der Verwaltung viele Anfragen auf Ganztagesplätze vorliegen, entstehen der Stadt Neckarbischofsheim bereits ab Januar 2013 Probleme, alle Kinder in den vorhandenen Gruppen unterzubringen, wenn eine Ganztagesgruppe im Evangelischen Kindergarten Neckarbischofsheim eingerichtet wird.

Bei einem Gespräch mit der Evangelischen Kirchengemeinde und dem Evangelischen Kindergarten wurde dem Vorhaben der Stadt Neckarbischofsheim, das ehemalige Grundschulgebäude als Kindergarten umzunutzen, zugestimmt. Für den Antrag auf Nutzungsänderung schlägt die Verwaltung vor, das Architektur- und Planungsbüro Bannwarth & Ludwig zu beauftragen, die bereits im Rahmen der Brandschutzmaßnahmen mit den Gebäulichkeiten vertraut sind.

Stadtrat Gerold Rossel fragt nach, ob tatsächlich ab Januar 2013 keine Kinder mehr in den Kindergarten aufgenommen werden können, wenn die Ganztagsgruppe eingerichtet wird. Dies wird ihm von Bürgermeisterin Tanja Grether bestätigt.

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt aus, dass in der diesjährigen Klausurtagung des Gemeinderats Anfang Oktober die Thematik ausführlich erläutert wurde. Ihm stellen sich nunmehr die Fragen wann die Stadt Neckarbischofsheim die Maßnahme angehen möchte und was passiert, wenn die Stadt Neckarbischofsheim auf den gesetzlichen Anspruch zur Verfügungstellung des Kindergartenplatzes nicht reagiert.

Der städtische Beschäftigte Herbert Hauck teilt mit, dass dann 12 bis 20 Kinder über 3 Jahre keinen Kindergartenplatz haben und weitere Plätze durch Zuzüge ebenfalls benötigt werden. Stadtrat Hans Peter Jelinek stellt fest, dass es außer Frage steht, wenn im nächsten Jahr bis zu 20 Kinder keinen Kindergartenplatz in Neckarbischofsheim erhalten können, dass die Einrichtung der weiteren Kindergartengruppen angegangen werden muss.

Stadtrat Rüdiger Knapp führt aus, dass nachdem die Stadt Neckarbischofsheim das Baugebiet „Eichertstal“ erschlossen hat und viele Familien mit Kindern nach Neckarbischofsheim gezogen sind, nun auch auf die entsprechende Nachfrage nach Kindergartenplätzen reagieren muss. Sollte die Stadt Neckarbischofsheim keine Kindergartenplätze zur Verfügung stellen können, werden die Eltern ihre Kinder auswärts unterbringen.

Stadträtin Edith Bräumer teilt mit, dass sie sich ausgiebig mit dem Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm und dem städtischen Beschäftigten Herbert Hauck bezüglich der Kindergartenproblematik unterhalten hat. Auch sie sieht keine andere Möglichkeit als der Schaffung weiterer Kindergartenplätze, da ansonsten die Kinder auf der Straße stehen würden und die Eltern dadurch Nachteile hätten.

Stadträtin Karin Bender spricht sich in diesem Zusammenhang auch gleich für die Einrichtung von Containern auf dem Gelände des Evangelischen Kindergartens aus, damit ab Januar 2013 die Eltern den Kindergartenplatz für ihre Kinder in Anspruch nehmen können. Außerdem fragt sie nach, ob es für die Baumaßnahmen Mittel aus dem Finanzausgleich gibt.

Bürgermeisterin Tanja Grether teilt mit, dass die Stadt Neckarbischofsheim auf jeden Fall mit höheren Zuweisungen aus dem Finanzausgleich rechnen kann, jedoch nicht mit Zuschüssen.

Herbert Hauck teilt mit, dass bis zum 1. April 2013 die Anzahl der Kinder an das Statistische Landesamt Baden-Württemberg zu melden sind, um die Zuweisungen für das Jahr 2014 für die weiteren Kindergartengruppen zu erhalten. Nach diesem Termin werden die Zuweisungen erst im Haushaltsjahr 2015 an die Stadt Neckarbischofsheim gehen.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Einrichtung von Kindergartenplätzen im ehemaligen Grundschulgebäude gemäß dem vorgestellten baulichen Ablauf zu.

Abstimmung: 14 Ja

07. Auftragsvergabe zur Anmietung von Containern für den evangelischen Kindergarten Neckarbischofsheim

Bürgermeisterin Tanja Grether verweist auf die Vorlage zu diesem TOP und bittet den Gemeinderat um Zustimmung zur Anmietung der Container bei der Fa. Grinbold-Jodag GmbH, Dischingen.

Stadtrat Gerold Rossel fragt nach, ob für die neue Gruppe Erzieherinnen benötigt werden. Dies wird vom Leiter der Zentralstelle Harry Hack bejaht, wobei die Kosten bereits in der Betriebskostenumlage an den Evangelischen Kindergarten eingeplant wurden.

Stadtrat Peter Haffelder bittet um Auskunft, wann die Kinder in den Containern untergebracht werden können. Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm teilt mit, dass die Kinder zwei Monate nach Erteilung des Auftrags einziehen können.

Stadtrat Georg Zwölfer fragt nach, ob die Fa. Grinbold-Jodag für ihre Containervermietungen im Bereich der Kinderunterbringung bekannt ist. Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm führt aus, dass die Firma Zertifikate vorgelegt hat, in der bestätigt wird, dass sie auch Container für die Kindergartenunterbringung vermieten.

Stadtrat Norbert Benz bittet um Auskunft, ob für die Ausstattung der Container noch kindgerechte Möbel angeschafft werden müssen.

Dies wird ihm vom Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm bestätigt der feststellt, dass diese Möbel danach in der ehemaligen Grundschule verwendet werden können, wenn dort Kindergartenkinder untergebracht werden.

Stadträtin Karin Bender führt aus, dass für die Übergangslösung für ein Jahr 100.000,00 € (Containermiete und 2 Erzieherinnen) aufgewendet werden müssen, was eine große Aufgabe für die Stadt Neckarbischofsheim darstellt. Sie möchte die enormen Zahlen der Bevölkerung ins Bewusstsein bringen, dass diese Aufwendungen für die Stadt Neckarbischofsheim nicht einfach ist.

Stadtrat Norbert Benz ist der Meinung, dass durch die Zuschüsse und Elternbeiträge die Maßnahme „Null auf Null“ für die Stadt Neckarbischofsheim aufgehen wird.

Stadtrat Hans Peter Jelinek stellt fest, dass die Stadt Neckarbischofsheim einen Ausgleichsbonus an die umliegenden Gemeinden zu zahlen hat, wenn keine Kindergartenplätze vor Ort eingerichtet werden. Aus diesem Grunde findet er die Aufwendungen zur Einrichtung weiterer Kindergartengruppen in Neckarbischofsheim vertretbar.

Stadträtin Heike Jacobs gibt zu Bedenken, dass wenn Eltern für ihr zweites Kind keinen Kindergartenplatz in Neckarbischofsheim erhalten, sie auch das Erstkind aus dem Kindergarten nehmen und dadurch weitere Kosten für die Stadt Neckarbischofsheim entstehen.

Stadtrat Rüdiger Knapp stellt fest, dass zumindest die Architektenkosten gespart werden, nachdem der Verbandsbaumeister für die Nutzungsänderung der ehemaligen Grundschule beauftragt wurde.

Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm erwidert, dass dies nicht so sein wird, da der Verbandsbaumeister kein Architekt ist und für die Nutzungsänderung ein Bauantrag vonnöten ist, für die wiederum ein Architekt unterschreiben muss.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Auftragsvergabe zur Anmietung von Containern für den evangelischen Kindergarten Neckarbischofsheim an die Fa. Grinbold-Jodag GmbH, Dischingen, zur geprüften Angebotssumme in Höhe von brutto 19.606,44 € zu.

Abstimmung: 14Ja

08. Schulzentrum Neckarbischofsheim

hier: Vergabe von Elektroarbeiten zur Erfüllung von Brandschutzauflagen in der Grundschule

Bürgermeisterin Tanja Grether verweist auf die Vorlage zu diesem TOP und bittet den Gemeinderat der Vergabe von Elektroarbeiten zur Erfüllung von Brandschutzauflagen in der Grundschule an die Fa. Joachim Proissl, Neckarbischofsheim, zuzustimmen.

Stadtrat Hans Peter Jelinek zeigt sich verwundert, dass lediglich ein Angebot eingereicht wurde. Stadträtin Heike Jacobs bemerkt, dass dies hoffentlich nicht an der Ausschreibung lag.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Vergabe der Elektroarbeiten zur Erfüllung von Brandschutzauflagen in der Grundschule Neckarbischofsheim an die Firma Joachim Proissl, Neckarbischofsheim, zur geprüften Angebotssumme in Höhe von brutto 54.072,59 € zu.

Abstimmung: 14 Ja

09. Änderung des Bebauungsplans „Gewerbegebiet Bitzwiesen“

- a) **Würdigung der eingegangenen Anregungen zur Bebauungsplanänderung**
- b) **Billigung des Bebauungsplanentwurfs**
- c) **Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. II BauGB sowie zur Trägeranhörung nach § 4 Abs. II BauGB**

Bürgermeisterin Tanja Grether nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und erläutert die eingegangenen Stellungnahmen der verschiedenen Behörden, insbesondere des Baurechtsamtes beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis bezüglich der Festsetzungen der Maximalgebäudehöhen. Im Zuge des weiteren Verfahrens wird auch der notwendige Umweltbericht ergänzt und zur Auslegung gebracht.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt den Stellungnahmen zu den vorgebrachten Anregungen zu und billigt den Bebauungsplanentwurf vom 12. November 2012. Die öffentliche Auslegung sowie die Trägeranhörung ist gem. §§ 3 Abs. II und 4 Abs. II BauGB durchzuführen.

Abstimmung: 14 Ja

10. Bekanntgabe der Beschlüsse aus der nichtöffentlichen Sitzung vom 23. Oktober 2012

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt dem Abschluss eines unbefristeten Arbeitsvertrags mit Herrn Daniel Schneider ab dem 1. Dezember 2012 zu.

11. Bekanntgaben

Der städtische Bauhof verkauft seinen Salzstreuer, der für den Winterdienst nicht mehr benötigt wird. Der Verkauf wird auch in den nächsten Tagen auf der Internetseite der Stadt Neckarbischofsheim veröffentlicht. Interessenten sollen sich an den Bauhofleiter Walter Fickel wenden.

Die nächste KliBA-Energieberatung in Neckarbischofsheim findet am Montag, 3. Dezember 2012 in der Zeit von 14 bis 15 Uhr im Rathaus in Neckarbischofsheim statt. Zur Vereinbarung eines Termins werden die Bürgerinnen und Bürger gebeten, sich mit dem zuständigen Sachbearbeiter Eckhard Leitlein per Telefon oder eMail in Verbindung zu setzen. Eine Veröffentlichung der Telefonnummer und Email-Adresse erfolgt im Nachrichtenblatt.

12. Anfragen des Gemeinderats

Stadtrat Hans Peter Jelinek regt an, im Bereich der Bushaltestelle an der S-Bahn-Haltestelle „Neckarbischofsheim-Nord“ in Fahrtrichtung Neckarbischofsheim einen Unterstand, ähnlich wie im Stadtteil Untergimpfern, aufzustellen. Er hält dies für dringend erforderlich, damit die Fahrgäste der Witterung nicht mehr so extrem ausgesetzt sind.

13. Fünfzehn Minuten Fragen und Antworten

Herr Inan Cokdogru bezieht sich auf eine Mitteilung aus der Presse, in der von bis zu 14.000,00 € an Fördergeldern für einen Kindergartenplatz gesprochen wurde. Aus diesem Grund bittet er um Prüfung, ob ein Neubau bzw. Anbau an den bestehenden Kindergarten wegen der Fördergelder nicht besser für die Stadt Neckarbischofsheim wäre. Im Übrigen bittet er darum, das Alternativkonzept der Stadt Neckarbischofsheim (Umnutzung ehemalige Grundschule) für die Eltern nachvollziehbarer zu machen.

Bürgermeisterin Tanja Grether stimmt zu, dass es beim Neubau eines Kindergartens mehr Fördermittel als bei einem Umbau gibt und eine Überprüfung der Fördermittel von Seiten der Stadtverwaltung entsprechend vorgenommen wurde.

Der städtische Mitarbeiter Herbert Hauck führt aus, dass beim angedachten Neubau am evangelischen Kindergarten für 850.000,00 € (mit neuer Heizzentrale) es lediglich um die Befriedigung der Plätze für die über 3-jährigen Kinder ging. Der jetzige Bedarf richtet sich aber an die unter 3-jährigen Kinder, da bereits vor drei Jahren eine Gruppe im Evangelischen Kindergarten umgewidmet wurde.

Damals erhielt die Stadt Neckarbischofsheim je Kindergartenplatz eine Förderung in Höhe von 2.000,00 €. Bei der Schaffung ganz neuer Kindergartenplätze wird ein Zuschuss in Höhe von 12.000,00 € vom Land Baden-Württemberg gewährt. Dies wäre bei einer Kleinkindgruppe (10 Kinder) ein Zuschussbetrag in Höhe von 120.000,00 €. Für die Umnutzung der Räumlichkeiten in der ehemaligen Grundschule erhält die Stadt Neckarbischofsheim je Kindergartenplatz einen Zuschuss in Höhe von 7.000,00 € (=70.000,00 €). Für die derzeit bestehende Gruppe, die zunächst im anzumietenden Container untergebracht wird, wird kein Zuschuss gewährt. Des Weiteren wurde die Thematik bereits zwei Mal im Gemeinderat ausführlich diskutiert, wobei der Neubau nicht konsensfähig war.

Herr Inan Cokdogru fragt nach, ob mit der vorgesehenen Lösung auf für die Zukunft genügend Kindergartenplätze zur Verfügung stehen. Dies wird ihm von Herbert Hauck bestätigt da die Stadt Neckarbischofsheim in der ehemaligen Grundschule auf den Bedarf flexibler reagieren kann, da in diesem Gebäude noch weitere Räumlichkeiten für eine Nutzung zur Verfügung stehen.

Herr Inan Cokdogru bittet noch um Auskunft, wie die Stadt Neckarbischofsheim es sicherstellen wird, dass der Umbau der Räumlichkeiten in der ehemaligen Grundschule für die Kindergartenkinder bis Ende 2013 fertig wird. Bürgermeisterin Tanja Grether führt aus, dass die Maßnahme bis Ende des Jahres 2013 erledigt sein wird, da ansonsten der Zuschuss verfällt.

Herr Dr. Rainer Köthe fragt nach, wie der derzeitige Planungsstand für eine bessere Internetanbindung der Stadt Neckarbischofsheim und der beiden Stadtteile Helmhof und Untergimpfern ist. Er bemängelt, dass in Untergimpfern lediglich 2000-DSL zur Verfügung steht, er jedoch gerne ein schnelleres Internet dort hätte.

Bürgermeisterin Tanja Grether führt aus, dass sie derzeit in Gesprächen mit der Deutschen Telekom ist, um eine Verbesserung im Bereich des Internets zu erhalten. Vor allem das Gewerbegebiet „Bitzwiesen“ ist auf die schnelle Datenverbindung angewiesen, weshalb sie hofft, dass eine bessere Anbindung so schnell wie möglich klappt, was allerdings mit Kosten verbunden sein wird. Sie weist außerdem darauf hin, dass derzeit eine Initiative des Rhein-Neckar-Kreises anläuft, die den Glasfaser-Ausbau im gesamten Landkreis zum Ziel hat. Hieran sollte sich die Stadt Neckarbischofsheim beteiligen, denn auf lange Sicht gewährleistet (nur) die Anbindung per Glasfaser ausbaufähige Down- und Uploadgeschwindigkeiten. Die bisherige Anbindung in Neckarbischofsheim läuft über Kupferdraht.

Vorsitzende:

Schriftführer:

Urkundspersonen: